



Forderung nach zusätzlicher Finanzierung von Kitas durch Unternehmen und die öffentliche Hand

Kantonrat Urban Sager wird auf die Juni-Session hin ein Postulat einreichen, in dem er den Regierungsrat des Kantons Luzern auffordert, zusätzliche Finanzierungsmodelle von Kindertagesstätten resp. Vergünstigungen der Elterntarife durch Unternehmen und die öffentliche Hand zu prüfen.

Die sogenannten «Einführungspraktika» in Kindertagesstätten sind systemwidrig und stellen eine hohe berufliche Einstiegshürde dar. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort auf die parlamentarische Anfrage A 337 von Urban Sager denn auch fest: «Praktika in Kinderkrippen vor der Lehre sind unerwünscht und widersprechen der Strategie 'Bildung vor Arbeit'.» Diese Praktika haben auch keinen lehrvorbereitenden Charakter im Sinne einer Eignungsprüfung. „Solche Praktika dienen lediglich dazu, durch sehr tiefe Löhne die Personalausgaben in Kitas zu senken“, hält Sager fest. Die Tripartite Kommission Arbeit (TKA) hat nun diesbezüglich Empfehlungen mit Weisungscharakter erlassen:

- Ein Einführungspraktikum darf die Dauer von sechs Monaten nicht überschreiten – ausser der Betrieb sichert den Ausbildungsplatz verbindlich zu. Dann darf das Praktikum um maximal sechs weitere Monate verlängert werden.
- Die Gesamtdauer der Einführungspraktika beträgt maximal 12 Monate. Wird dies nicht eingehalten, gelten die Praktikanten als ungelernete Mitarbeiter und erhalten einen Monatslohn von mindestens 3000 Franken.
- Die Probezeit beträgt einen Monat.
- Innerhalb einer Kita werden nicht mehr Praktika als offene Lehrstellen im Folgejahr angeboten.
- Der Mindestlohn für ein Einführungspraktikum beträgt 800 Franken.

Diese Massnahmen sind sehr zu begrüessen, führen aber zu einer Kostensteigerung von bis zu 20% oder einem Anstieg der Tagesansätze von heute durchschnittlich 125 Franken auf 150 Franken in Zukunft. Unter den gegebenen Umständen werden diese Kosten nun auf die Eltern abgewälzt, was aufgrund der bereits heute enorm hohen Beteiligung der Eltern nicht mehr zu verantworten ist. „Nirgendwo in Europa bezahlen Eltern so hohe Beiträge wie in der Schweiz“, gibt Sager zu bedenken und er ergänzt: „Deshalb stehen nun auch die Unternehmen in der Pflicht, denn es sind mitunter auch sie, die von einer ausgebauten Kinderbetreuung profitieren.“

Es gibt Kantone, die entsprechende Beteiligungsmodelle kennen, bspw. über einen Beitrag der Unternehmen in Höhe von 0.18% der Lohnsumme im Kanton Neuenburg.

Kontakt:

Urban Sager, Kantonsrat, 079 794 81 80